

Volksbegehren . . .

Fortsetzung von Seite 4

ist die Koop-Schule nur ein Steinchen auf dem Weg zur Einführung der flächendeckenden Regelschule, der Integrierten Gesamtschule." Deshalb könne mit dem Volksbegehren eine Wende in der NRW-Bildungspolitik herbeigeführt werden. Zu fragen sei allerdings, ob Kultusminister Girgensohn mit der Integrierten Gesamtschule noch die Politik der Landesregierung vertrete. Dies sei in den letzten Tagen ein „bißchen diffus“ geworden.

Der Oppositionsführer bekannte sich ausdrücklich zu dem landesweiten Versuch mit der Gesamtschule, der allerdings nicht ordnungsgemäß wissenschaftlich begleitet werde. Grundsätzlich sei die CDU der Auffassung, daß nach dem derzeitigen Stand der Erfahrungen ein gegliedertes Schulwesen besser sei. Köppler weiter: „Aber warten wir doch prinzipiell einmal ab, was aus den Versuchen herauskommt. Wenn da herauskommen sollte, daß vergleichbare Ergebnisse vorliegen, sind wir die letzten, die dann Eltern, die ihre Kinder auf eine Integrierte Gesamtschule schicken wollen, daran hindern werden, das zu tun. Für uns hat der Elternwille absoluten Vorrang. Wir sind nur dagegen, daß Eltern, die ihre Kinder lieber in einem gegliederten Schulwesen unterrichtet haben wollen, gezwungen werden, diese auf eine Integrierte Gesamtschule zu schicken.“

Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) stellte für die Landesregierung klar: „Die Kooperative Schule hat mit einer grundlegenden Veränderung des Schulwesens nicht das mindeste zu tun. Eine solche grundlegende Veränderung wird mit dem Gesamtschulversuch erprobt. Die Kooperative Schule ist nichts anderes als eine Verbesserung der bestehenden Schulformen der Sekundarstufe I. Deshalb ist sie auch nicht ein Zwischenschritt zur Gesamtschule.“ Kühn versicherte mit dem Charakter einer Regierungserklärung, daß „es in dieser Legislaturperiode bei 30 Modellversuchen Integrierte Gesamtschule bleibt“. Falls sich diese Versuche als erfolgreich erweisen würden, wovon er überzeugt sei, „müssen wir dafür sorgen, daß den Eltern, die eine Gesamtschule wollen, auch eine solche bereitgestellt wird“. Zur Schulpolitik generell betonte der Regierungschef: „Wandlungen im Erziehungswesen sind ein langer historischer Prozeß, den man nicht ungeduldig durch politische Entscheidungen beschleunigen darf. Wir müssen erstens in Erziehungsfragen mit behutsamer Geduld verfahren; wir müssen zweitens bei Lösungen, die wir ins Auge fassen, in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Eltern zu kommen versuchen; wir dürfen drittens Entscheidungen erst nach sorgfältig erwiesener Vorzugswürdigkeit des Schrittes treffen, den wir zu tun beabsichtigen.“

Den Initiatoren des Volksbegehrens sagte Kühn absolute Fairneß zu. Bei Behinderungen werde man ihn auf der Seite der Kritik finden. Beispielsweise halte er zwölf Einschreibstellen in Essen für nicht ausreichend. Der Innenminister werde alle Einzelfälle „aus dem Geiste einer fairen Chance“ überprüfen. Die Landesregierung sei Wächter und Wahrer einer rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrensweise.

Porträt der Woche



Karl-Heinz Jansen (CDU)

Seine Wahl in den Landtag wertet Karl-Heinz Jansen (35) nicht in erster Linie als Anhebung des persönlichen Prestiges. Die Verpflichtung, die er eingegangen ist, ernst zu nehmen, seinen Wählern das Gefühl zu geben, für sie dazusein, findet er wichtiger. Jansen, CDU-Abgeordneter aus Mönchengladbach, ist für die Bürger seines Wahlkreises stets ansprechbar. Bei seinen Bemühungen, Mitmenschen die Bewältigung ihrer Probleme zu erleichtern, sieht er sich oft als „Klinkenputzer“ beim Regierungsapparat.

Jansen hat vor Antritt seines Mandates einen schnellen beruflichen Aufstieg hinter sich gebracht. Mit 30 Jahren war er bereits Rektor einer großen Grundschule. Die Aufgabe des Abgeordneten ist für ihn Full-time-Job, aber nach seinem Beruf gefragt, würde er sich nie als Berufspolitiker bezeichnen. Er ist Lehrer aus Berufung. Die Sorge, als Parlamentarier die Beziehung zur Basis, zum pädagogischen Alltag, zu verlieren, bedrückte ihn nur eine Weile. Heute hält er Kontakt zu dieser Basis mit sechs Wochenstunden in den Fächern Deutsch und Politik an einer Privatschule.

Jansen, Ortsvorsitzender der Jungen Union in Mönchengladbach, kam über die Sozialausschüsse der CDU zur Politik. Daß er sich der Arbeitnehmerschaft besonders verpflichtet fühlt, hat seinen persönlichen Hintergrund auch in der familiären Herkunft. Er schämt sich nicht, aus kargen Verhältnissen zu stammen. Vielmehr bezieht er daraus die Motivation seines Einsatzes für die Schwächeren und Behinderten. Jansen wuchs als Halbwaise auf. Seine Mutter schlug sich mit ihren beiden Söhnen als Putzfrau durch. Einem CDU-Bundestagsabgeordneten verdankte er ein Stipendium fürs Gymnasium.

Was ihn heute gelegentlich frustriert, ist die Kompromißlosigkeit der Auseinandersetzung zwischen Regierungsparteien und Opposition, das zeitweise vergiftete politische Klima. Als Mönchengladbacher

cher Ratsherr erlebt er die Möglichkeit des konstruktiven Miteinanders über die Parteigrenzen hinweg öfter als im Landtag.

Karl-Heinz Jansen, mit einer Berufskollegin verheiratet, ist Vater einer vierjährigen Tochter und eines drei Monate alten Sohnes. Er hat Kinder sehr gern, so bekennt er, und das drückt sich auch in seinen literarischen Neigungen aus. Er schreibt Kindergedichte und -geschichten. An der eigenen Tochter erfährt er dabei, ob er die kindliche Psyche sprachlich zu begreifen und zu erreichen vermag.

Bei aller Fraktionsdisziplin ist Jansen überzeugt, sich einen ausreichenden Spielraum für die persönliche und politische Unabhängigkeit erhalten zu können, auch wegen der beruflichen Absicherung als Beamter mit dem Anspruch auf Wiedereinstellung nach der Abgeordnetenzzeit.

Ohne Humor wären ihm Arbeit und Freizeit unerträglich. In diesen Tagen fiel sein Bart dem Rasiermesser zum Opfer: Jansen tritt als „Ballett-Ratte“ kostümiert im Karneval auf. Er ist Mitglied des Landtagsausschusses „Jugend, Familie und Politische Bildung“ und des Hauptausschusses mit Zuständigkeit für den Sachbereich Publizistik. Das Pressewesen interessiert ihn. Dort gelegentlich mitzuarbeiten, reizt ihn als Möglichkeit, Kreativität zu entwickeln. Aber trotz dieser idealistischen Sicht des Mediums Zeitung bleiben die Probleme der Pressekonzentration nicht unbeachtet.

Hermann Richter